



Newsletter April 2019

Integriertes Rheinprogramm – CDU-Generalsekretär besucht Vogtsburg



Die CDU im Land setzt sich im Rahmen des integrierten Rheinprogramms für die sogenannte „Schlutenlösung Plus“ ein und stellt sich damit gegen die vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft beabsichtigten ökologische Flutungen beim Hochwasserschutz. Generalsekretär Manuel Hagel MdL, der meiner Einladung gefolgt war, informierte sich vor Ort mit den kommunalen Vertretern sowie den Initiatoren der Bürgerinitiative für eine verträgliche Retention über das Polder Breisach/Burkheim. Der BI-Vorsitzende Lothar Neumann erläuterte kompakt das Thema Hochwasserschutz in der Region. Angesprochen wurden die für das Projekt notwendigen Baumaßnahmen für die ökologischen Flutungen und die gravierenden Auswirkungen für Flora, Fauna und die Menschen in der Region. Die Sichtweise des Umweltministeriums ist einseitig auf die ökologischen Flutungen zu setzen, da nach Meinung des Ministeriums die Schluten zu wenig Wasser aufnehmen und daher die Vegetation umgebaut werden müsse. Dabei sind die sogenannten ökologischen Flutungen künstlich, es wird gegen die Natur gearbeitet und das von einem grünen Ministerium. Generalsekretär Hagel, der sich bereits mit dieser Thematik im Rahmen eines Ortstermins in Rheinhausen auseinandergesetzt hatte, unterstützte die Schlutenlösung Plus. „Sie haben mir aufgezeigt, wofür Sie sind und nicht einfach wogegen“, so Hagel in seinen Eingangsworten. Er trage die Sorgen der Anwohner mit und verstehe auch die Vorbehalte im Tourismus, Forst und Fischerei. Die Insekten- und Schnakenplage sei ein ebenfalls nicht zu vernachlässigender Faktor. Die CDU vertrete die Position, dass ökologische Flutungen durch Schlutenlösungen ergänzt oder ersetzt werden können. Man solle sich ihnen von Seiten des Regierungspräsidiums annähern, alles andere wäre eine Missbilligung des bürgerlichen Engagements vor Ort. Ergänzend hierzu sollte erwähnt werden, dass eine mögliche Testphase der Schlutenlösung ohne Monitoring und Dokumentation ebenfalls nicht sinnvoll ist. Zum Abschlussgespräch traf sich die Gesprächsrunde im Flutungsgebiet an der Burkheimer Sportanlage, die bei Realisierung des Projekts kostenintensiv verlegt werden muss. Alle Beteiligten begrüßten, dass sich die CDU im Land dem Problem stellt. Der Minister für Umwelt, Klima und Umwelt sowie Staatssekretär Dr. Andre Baumann lehnen einen Informationsbesuch, mit Hinweis auf das laufende Planfeststellungsverfahren ab. „So kann Politik nicht funktionieren“ fand Oliver Rein, Bürgermeister von Breisach und Fraktionsvorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion. „Wir sind bereit, alle Betroffenheiten hinzunehmen. Für Breisach bedeutet das IRP den Verlust von 70 Prozent des Naherholungsraumes“. Umso unverständlicher sei das Fernbleiben von Umweltminister Untersteller und Staatssekretär Baumann. „Wir sind inzwischen auch bereit, für unser Anliegen auf die Straße zu gehen“ stellte Sasbachs Bürgermeister Scheiding fest. Auch er bedauerte, dass der Minister und der Staatssekretär trotz mehrfacher Einladung auch der Bürgerinitiativen bisher nicht den Weg in die Raumschaft gefunden haben, um mit den Menschen Vor-Ort zu diskutieren.

Sag e mol.....

Klimaschutz – etwas, das uns alle angeht

Schüler gehen auf die Straße und demonstrieren, ein Begriff beherrscht die Schlagzeilen: „Klimaschutz“. Ob diese Schülerdemonstrationen nun ausgerechnet während der Schulzeit sein müssen und ob der Zulauf an einem Samstagmorgen genauso groß wäre, darüber lässt sich trefflich streiten. Generell ist es aber positiv, wenn junge Menschen sich engagieren. Fakt ist, dass den Klimawandel – bis auf einige Unverbesserliche – niemand mehr leugnet. Und Fakt ist auch, dass wir etwas tun müssen.

In den letzten Wochen haben wir oft in der Presse gelesen, dass sich die CDU-Fraktion im Landtag gegen eine Fortschreibung des Klimaschutzgesetzes stellt. Mitnichten. Allerdings, und das kommt in der Berichterstattung oftmals etwas zu kurz, geht es um die Frage, wie diese Fortschreibung ausgestaltet sein soll. Wenn hierin Ziele aufgeführt werden, die keinen wissenschaftlichen Bezug haben, deren angebliche Einsparpotentiale nicht evaluiert wurden, ja man bisher keine Idee hat, wie diese Einsparungen an CO₂ erreicht werden sollen, sondern lediglich Prozentzahlen niedergeschrieben werden ist es mehr als Recht hier einmal zu hinterfragen, wie die Einsparung denn erreicht werden soll. Das Thema Klimaschutz ist zu ernst, um hierbei nur Symbolpolitik zu betreiben. Zum einen wird uns vorgeworfen, die CDU würde blockieren, zum anderen liegt eine Neufassung der Landesbauordnung, nach der Bauen mit Holz erleichtert werden und somit ganz praktisch CO₂-Reduktion erreicht werden kann, nicht erst seit gestern beim Staatsministerium. Wo wird hier blockiert?

Wir müssen den Klimaschutz angehen, das steht außer Frage. Aber auch hier gilt es genau hinzuschauen, wo Einsparungspotenziale liegen und wie wir diese erreichen. Ob im Verkehrsbereich die E-Mobilität der Stein der Weisen ist? Hierzu liebe Leser empfehle ich Ihnen den Artikel auf Seite 2. Ein anderes Beispiel ist die Landwirtschaft. In der Fortschreibung des Klimaschutzgesetzes wird hier ein Reduktionsziel von 42% genannt. Diese Reduktion ist nur erreichbar, wenn wir den Tierbestand drastisch reduzieren.

Weiter auf Seite 2



Newsletter April 2019

Gedanken zur E-Mobilität



Die Suche nach alternativen Antriebstechnologien ist unstrittig und gesellschaftlicher Konsens. Dies zum einen vor dem Hintergrund des Klimawandels, zum anderen aber auch vor dem Hintergrund der aktuellen Feinstaubdebatte. Eine Vorfestlegung auf E-Mobilität als Allheilmittel scheint hier wenig sinnvoll. E-Mobilität, so zeigen es die derzeitigen Erfahrungen, kann für den Stadtverkehr und für Kurzstrecken durchaus sinnvoll sein und hat sich hier auch bewährt. Allerdings gibt es hier auch noch sehr viele nicht gelöste Probleme bzw. Fragestellungen: Woher kommen die Rohstoffe für eine Batterieproduktion, wie sieht es aus mit der Entsorgung bzw. dem Recycling von Batterien und wie lässt sich die Reichweite von E-Antrieben steigern? Nach diesen Fragen macht es durchaus Sinn, auch andere alternative Technologien in den Blick zu nehmen. Hier können Wasserstoffantriebe bzw. Brennstoffzellentechnik eine sinnvolle Ergänzung zur E-Mobilität sein, da es sich hierbei um eine wirklich emissionsarme Mobilitätsart handelt. Vorteile für diese Antriebsart sind zweifellos, dass die Technik bereits vorhanden bzw. in Erprobung ist, wir als Nation Wasserstoff mit regenerativen Energien selbst erzeugen können und uns nicht auf Rohstoffe, die nicht unbegrenzt verfügbar sind bzw. eventuell auch unter fragwürdigem Abbau im Ausland unser Land erreichen, verlassen müssen. Um solche Technologien zur Serienreife zu entwickeln und in der Folge auch zu einer bezahlbaren Variante für die Bevölkerung zu machen, ist Sache der Politik – und schafft Vertrauen.

Internationale Tagung zu den Geoparks an der Hochschule Aalen



Geoparks vermitteln sowohl ihren Bewohnern als auch ihren Besuchern die Bedeutung des geologischen Untergrunds für die Gestalt des jeweiligen Raumes: Welche Gesteinsschichten aus welchen Phasen der Erdentstehung stehen hier an? Welche Kräfte haben hier gewirkt? Was heißt dies für die heutigen Oberflächenformen, für Vegetation, Tierwelt und Bodenbildung? Welche Georessourcen gibt es, wo und warum? Wie wurden und werden sie genutzt und was hat dies für Folgen für die Wirtschaft der Region? Als Vorsitzender des Arbeitskreises Ländlicher Raum und Verbraucherschutz der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg nahm ich an der Podiumsdiskussion teil und tauschte mich gemeinsam mit meinem Abgeordnetenkollegen, Ulli Hockenberger MdL und mit dem Vorsitzenden des Geoparks Schwäbische Alb, Markus Möller, über den landespolitischen Stellenwert und die finanzielle Unterstützung des Parks durch das Land Baden-Württemberg aus.

Sag e mol...

Fortsetzung von Seite 1

Was heißt das nun im Klartext? Für uns in unserer Raumschaft deutlich weniger regionale Produkte, Höfesterben und weniger Offenhaltung der Landschaft. Und weiter?

Wenn wir unser derzeitiges Konsumverhalten zugrunde legen und das Reduktionsziel durch die Reduktion des Tierbestandes erreichen wollen, werden sich Warenströme ändern und Fleisch, das wir konsumieren, eben auf anderen Wegen und aus anderen Regionen Deutschlands, Europas und der Welt zu uns gelangen. Wollen wir das?

Eine Reduktion des Tierbestandes ohne Änderung der Handelsströme ist nur dann möglich, wenn wir unser Konsumverhalten ändern. Das heißt, weniger Fleisch essen zum Beispiel. Dann könnte ein reduzierter Tierbestand zu unserer Versorgung ausreichen.

Aber ob nun Fleisch oder andere Dinge in unserem Konsumverhalten. Wir müssen bei uns anfangen. Klimaschutz betrifft uns alle, also müssen wir auch alle etwas dafür leisten. Sei es nun, dass wir weniger Fleisch essen, dass wir öfters den ÖNPV oder das Fahrrad nutzen, dass wir Flugreisen reduzieren, dass wir weniger Verpackungsmüll produzieren. Klimaschutz ist auch eine Staatsaufgabe aber eben nicht nur. Klimaschutz ist eine Gesellschaftsaufgabe. Und je schneller wir das als Gesellschaft verstanden und akzeptiert haben, desto schneller erreichen wir es auch, klimaschädliches CO₂ zu reduzieren.



Newsletter April 2019



Rückenwind für die Realschule. Als selbstbewusste Schule präsentierte sich die Hugo-Höfler-Realschule in Breisach anlässlich des Besuchs der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Dr. Susanne Eisenmann, die auf Einladung des Wahlkreisabgeordneten Dr. Patrick Rapp MdL zuvor auch der Gewerbeschule Breisach einen Besuch abgestattet hatte. Eisenmann bekräftigte in ihren Eingangsworten die Unterstützung für die Gleichstellung unterschiedlicher Bildungswege. Ferner sprach sie sich für eine Stärkung der Zusammenarbeit von Real- und Berufsschule aus. Wir müssen stärker dafür werben, dass berufliche und akademische Ausbildung gleichwertig sind, betonte Eisenmann in ihrem Statement vor Lehrern, Schülern, Eltern und den Vertretern der Schul- und Kommunalpolitik. Nach wie vor gelte der Bildungsweg über Abitur und Studium in der gesellschaftlichen Wahrnehmung als höherwertig. Eisenmann warb für eine Gleichstellung von handwerklicher und kognitiver Leistung. "Hier sei allerdings ein gesellschaftliches Umdenken nötig" so Eisenmann. Zum Abschluss des Besuchs stellte sich Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann gemeinsam mit Dr. Patrick Rapp MdL den Fragen der Teilnehmer. Dabei blieb trotz reger Diskussion über die Bildungspolitik des Landes keine Frage offen.

(Auszug Pressemitteilung)



Genuss pur - Kalkulation und Marketing von Brennereiprodukten, so der Titel eines Brenner-Symposiums zu dem ich die Brennerinnen und Brenner der Region in das Weingut Gregor und Thomas Schätzle in Vogtsburg im Kaiserstuhl zu einem Fachvortrag eingeladen hatte. Wer regional kauft, der hilft auch die Nachhaltigkeit zu fördern. Landwirtschaft ist nichts Selbstverständliches. Es bedarf viel an Einsatz und Können, um die Qualität der Produkte zu gewährleisten. Die Landwirtschaft hat die Wertschätzung unserer Gesellschaft auch in diesem Segment verdient. Die Fachexpertisen lieferte Jürgen Friz, Landwirtschaftlicher Brennmeister, der im Kompetenzzentrum Brennerei der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt für Wein und Obstbau Weinsberg tätig ist. Dieses Team wird vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie drei Kleinbrennereiverbänden in Baden-Württemberg finanziert. Es entwickelte sich eine lebhaft Diskussion über die bestehenden und künftigen Marketingstrategien. Einig war man sich aber darüber, dass die Qualität des Produkts bei Herstellung und Vermarktung im Vordergrund stehen muss.

Dr. Patrick Rapp MdL

www.patrick-rapp.eu

Verantwortlich: Thomas Wiestler 18.04.2019

Kurz gemeldet

Vorstellung des Projektes „bauWERK“ der Naturparke



Vorstellung des Projektes „bauWERK SCHWARZWALD“ der Naturparke in Kirchlente. Mit finanziellen Mitteln der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg gefördert, entsteht hier ein Kompetenzzentrum für Baukultur und Handwerk im Schwarzwald. Ein tolles und unterstützungswertes Projekt.

Ich wünsche Ihnen allen von Herzen Frohe Ostern

FROHE OSTERN



Ihr/Euer

Dr. Patrick Rapp MdL